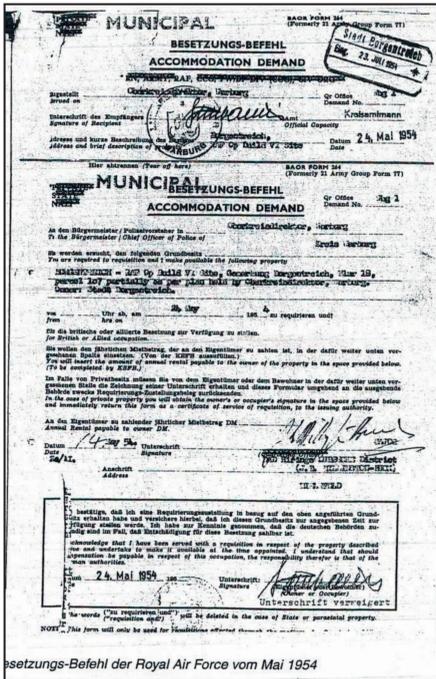


# Radarstellung Auenhausen

## Höhe 318



Besatzungs-Befehl der Royal Air Force vom Mai 1954

### Aus der Ortschronik Auenhausen

Johann Blume	5	Morgen
Ferdinand Renfert	2,5	"
Albert Rohden	3	"
Frans Happe	2,5	"
Anton Meier	2,5	"
Josef Rempke	8	"
Karl Tenge	2,5	"
Heinrich Knoche	8	"
Josef Tecklenburg	3,5	"
Johann Antenbrink	1	"
Heinrich Fiehe	4	"
Hugo Klebrink	2,5	"
Aloys Friesenhausen	2	"
Mikias-Johann	1,5	"
Insgesamt	62	"

Von dieser Beschlagnahme wurden durchweg die kleineren Betriebe betroffen. Im Mai wurde mit den Bauarbeiten auf der Höhe 318 begonnen, die bis 1957 dauerten. Das Material wie Kies und Sand, wurde aus dem Rhein nach hier befördert, dazu waren viele Lastzüge Tag und Nacht im Einsatz. Die Beschäftigten von der Höhe 318 lebten als Kostgänger hier im Ort, die Taxe war 5,- DM für Vollpension und das teilte noch mit weither Fischdecke.

Der „Kampf“ um Höhe 318 im Frühjahr 1955 bewegte die gesamte deutsche Medienlandschaft. Niemand ahnte, dass die Garnison mit Radarstellung zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden würde, dem bis heute nachgetrauert wird.

## 62 Morgen in Auenhausen enteignet

### Alle Kreisstellen und Behörden vor vollendete Tatsachen gestellt

Auenhausen. Mit einem Schreiben der Oberfinanzdirektion Münster vom 28. März, das am 31. März in die Hände der Kreisbehörde und der zuständigen Kreisstellen gelangte, erfolgte eine Einladung zu einem Anhörtermin am 4. April in Auenhausen über die Beschlagnahme von 62 Morgen Ackerland für eine militärische Anlage.

Der Anhörtermin, zu dem außerdem Vertreter des Oberfinanzdirektors ein Vertreter des Bundes und des Landwirtschaftsministeriums sowie der Regierung in Detmold die beteiligten Kreisstellen (Oberkreisdirektor, Landwirtschaftskammer) und die nachgeordneten Behörden sowie die Grundstücksbesitzer erschienen waren, verlief, wie nach Lage der Dinge nicht anders zu erwarten war, gerade nicht sehr friedlich.

Bestürzt und empört über die geplante Enteignung von rund 62 Morgen Land (kleinere Grundflächen von insgesamt 14 Morgen werden in anderen Gemarkungen westlich von Auenhausen benötigt) waren nicht nur die betroffenen Grundstücksbesitzer, sondern auch die Kreisstellen und die untergeordneten Instanzen, die vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und erst jetzt sich einschalten können, um etwas zu mildern oder den Schaden zu heilen.

Unzutreffende Darstellung. Wenn behauptet wird, die Enteignung sei unmittelbar von Bonn erfolgt, so wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die einzige unmittelbare deutsche Stelle die Oberfinanzdirektion in Münster ist. Die Angelegenheit hat also nichts mit Bonn oder der Dienststelle Blank zu tun, sondern höchstens mit dem Land Nordrhein-Westfalen.

Die Abgeordneten der CDU sind ebenfalls vorher nicht unterrichtet worden. Daß sie sich im übrigen bemühen, das Beste aus dieser schwierigen Lage für die Betroffenen herauszuholen, geht schon daraus hervor, daß zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Menke seinerzeit in der ähnlich gelagerten Angelegenheit Borsgenitz sofort die entsprechenden Schritte unternahm, aber schließlich an die Oberfinanzdirektion Münster verwiesen wurde, die die Auskunft gab, bei derartigen Anlässen würden die Landwirtschaftsstellen rechtzeitig unterrichtet und angehört.

Stubbig wird wieder frei. Nun scheint aber das Unrecht und das Anhören kaum noch Wege für Verhandlungen offenzulassen. Im Anhörtermin Auenhausen konnten die Kreisstellen Warburg, die dem Vorhaben nicht abgegangen wird, zunächst folgende Zusicherung erhalten:

1. Nach der Fertigstellung dieses Verteidigungsvorhabens wird das Gelände im Stubbig bei Lütgendorfer (ebenfalls beschlagnahmtes Bauernland) frei.
2. Die Vertreter des Bundes und des Landwirtschaftsministeriums haben

versprochen, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß im Zuge der Neubeschaffung von Ackerland für die in Auenhausen betroffenen Betriebe geeignete Maßnahmen von der Regierung tatkräftig unterstützt werden, denn mit einer geldlichen Entschädigung ist keinem gedient, zumal es sich durchweg um kleine Leute handelt, deren Existenz auf dem Spiele steht.

Kreisstellen unter Hochdruck. Den Kreisstellen in Warburg, die sich jetzt mit größtem Nachdruck bemühen, den Schaden zu heilen, könnte ihre Aufgabe erleichtert werden, wenn ein oder mehrere Betriebe in der Nachbarschaft (Schönthal, Scharlottenhof) ausgesiedelt werden könnten und ein Flurbereinigungsverfahren abhängig gemacht würde. Aber das sind schwierige Entscheidungen. Von den zum Anhörtermin geladenen Stellen aus dem Kreisgebiet hat noch keine „Ja“ gesagt.

Am Mittwochabend fand für die Betroffenen in Auenhausen in Anwesenheit des Oberkreisdirektors Hövermann eine neue Besprechung statt, über die wir noch im einzelnen berichten. Der einzige Vorzug, der sich im Augenblick aus dieser Angelegenheit ersehen läßt, ist die Tatsache, daß eine ergebliche Quelle erschlossen wird, die für die Heggedorfer die schon lange gewünschte zentrale Wasserversorgung endlich Wirklichkeit werden läßt.

## Streit um „Höhe 318“

### Britische Pläne zum Bau einer Radaranlage sorgten 1955 für Bauernprotest im 270-Seelen-Dorf Auenhausen.

An dem Morgen habe ich Dünger geholt. Als ich mit der Pferdekarre zurückkam, sah ich oben auf dem Berg eine große Baurauppe stehen. Ein Stück Roggenfeld war schon aufgeschoben! Und niemand im Dorf wusste etwas von Baubeginn – es kam wie aus heiterem Himmel! Josef Tecklenburg, 76-jähriger Bauer in Auenhausen bei Brakel (Kreis Höxter), sitzt gespannt am Tisch der Küche und erzählt. Die Erinnerung weckt in dem bedächtigen Landwirt die Aufregung jener Tage im Frühjahr 1955: 14 Auenhausener Landwirte, die meisten von ihnen Kleinbauern, wurden damals von der Nachricht übermüdet, dass sie kurz darauf enteignet werden sollten. Die Briten hatten beschlossen, auf der Bergkuppe oberhalb des Dorfes eine Radaranlage zu errichten. Dass dies ausgerechnet am 4. Mai 1955, einen Tag vor Rückgewinnung der deutschen Souveränität, durchgeführt wurde, besingfichte nicht gerade die Gemüter in dem 270-Seelen-Dorf. Es kam zu einem regelrechten „Bauernaufstand“, als sich die Landwirte dem anrückenden Bauaufzug in den Weg stellten. „Wir mussten uns wehren“, erinnert sich Tecklenburg, „das konnten wir uns nicht gefallen lassen!“



Blick auf Auenhausen und seine – inzwischen stark geschrumpfte – Radarstation. Um ihren Bau kam es vor 50 Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen. Foto: Archiv Queren

Höfen sind alle übrigen Eigentümer in ihrer Existenz bedroht. Man kann einem Wogewirbel, der sechs kleine Kinder hat und kriegsbeschädigt ist, die einzigen paar Morgen Land, die er für den Lebensunterhalt seiner Familie mitgebracht, nicht abnehmen, ohne ihm Ersatzland zu gewähren. Oder wenn man einem kleinen Landwirt mit 18 Morgen Eigentum und 6 Morgen Pachtland nur ein paar Morgen abnimmt, so kann er eben nicht mehr von dem Rest seine Familie ernähren, zumal das Land in der Nähe des Dorfes liegt und zu den besten Ackerflächen gehört.“ Am 14. April erreichte Bürgermeister Happe nach Düsseldorf, um beim Landwirtschaftsminister Peters vorzusprechen. Er konnte letztlich nur zusichern, „dass er alles tun werde, um den Betroffenen Ersatzland zur Verfügung zu stellen.“

Britische Muskelspiele. Unterdessen ließ die britische Besatzungsbehörde die Muskeln spielen. Ihnen schien die Zeit davonzulaufen, denn das Ende ihrer Besatzung stand unmittelbar bevor. Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge wurde Westdeutschland am 5. Mai 1955 souveräner Staat; NATO-Verbindete. Vorher wollten die Briten noch ihre Radarstation in Auenhausen unter Dach und Fach bringen. Ihr oberster Vertreter in NRW, der britische Landeskommissar, forderte am 30. April 1955, mit dem Bau der Radaranlage müsse unverzüglich begonnen werden. Sie sei „militärisch von außerordentlicher Bedeutung“. Jede Verzögerung sorgte für erhebliche Mehrkosten. Er könne nicht abwarten, bis geregelt sei, wo und in welcher Form die betroffenen Landwirte Ersatzland erhalten könnten. Seine Forderung, das Gelände zu beschlagnahmen, lehnte die Düsseldorf-Landesregierung ab. „Das kurze Zeit vor der Wiedererlangung der deutschen Souveränität“, daraufhin entschied die Hohe Kommission, die oberste britische Besatzungsbehörde in Deutschland, „dass in diesem Fall von dem ihr zustehenden Recht der Beschlagnahme auch ohne Zustimmung der Landesregierung Gebrauch gemacht werden muss“.

Zur Klarstellung war hinzugefügt: „Es besteht deutscherseits keine Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten.“ Die Beschlagnahme wurde daraufhin am 4. Mai 1955 rechtskräftig erfaßt. Exakt einen Tag vor Inkrafttreten der Souveränität Westdeutschlands hatte die britische Besatzungsbehörde das mit einem Exemplar statuiert. Wenig später rückten die Bauaufzüge in Auenhausen an – und wurden von den Bauern „empfangen“. (Da zu mehr in der kommenden Folge unserer Serie.) Gisbert Strotztes

sondere auf der östlichen Seite des „Eisernen Vorhanges“ in der DDR und bis nach Polen überwacht werden. Im März 1955 teilte die „Royal Air Force“ der Landesregierung in Düsseldorf mit, dass sie zwei Radaranlagen zu errichten beabsichtige; bei Udem im Kreis Kleve und bei Auenhausen im Kreis Warburg. Oberhalb des Dorfes, etwa 400 m vom Ortsrand entfernt, sollte eine Fläche von 15 ha beschlagnahmt werden. Wenig später tauchten in Auenhausen Landvermesser auf, „Engländer mit Nivelliergeräten, mit Karten und Notizbüchern betreten die Grundstücke, ohne vorher irgendjemanden zu fragen“, erzählt Josef Tecklenburg. „Im Dorf hieß es: ‚Die machen da einen Flugplatz hin.‘ Aber das waren nur Gerüchte. Es wusste ja auch noch niemand etwas Genaues.“ Erst Anfang April erhielten die Auenhausener Klarheit. Bürgermeister Franz Happe, selbst Landwirt und einer der betroffenen Grundbesitzer auf „Höhe 318“, wurde am 4. April 1955 morgens um 11 Uhr ins nahe gelegene Pockelsheim bestellt. In der Amtsverwaltung erwarteten ihn Beamte der Oberfinanzdirektion Münster, des Düsseldorf-Landwirtschaftsministeriums, der Landwirtschaftskammer, verschiedener weiterer Verwaltungsstellen sowie vier Offiziere der britischen Luftwaffe. Sie eröffneten ihm die Pläne zum Bau der Radarstation. „Eine landwirtschaftliche Weiterentwicklung des Gebietes ist ausgeschlossen“, heißt es im Protokoll jener Besprechung. „Die Anlage muss aus Gründen der Landesverteidigung und aus techn-

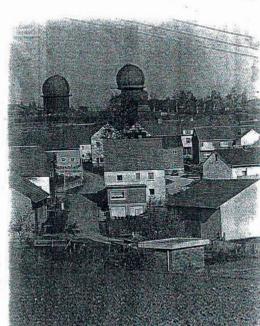
nischen Gründen errichtet werden.“ Mit dem Bau sollte unverzüglich begonnen werden, spätestens am 1. Mai 1955. Alle Anwesenden waren sich einig, dass die betroffenen Grundbesitzer entschädigt werden sollten. Doch wann das zu geschehen habe – ob vor Baubeginn oder „irgendwann später“ – wurde offen gelassen. Genau diese Frage sollte den Konflikt erheblich verschärfen.

Die Vorgeschichte. Etwa 318 Meter hoch ist der Hügel oberhalb des Dorfes Auenhausen. Von der Kuppe hat man bei klarem Wetter eine ausgezeichnete Fernsicht in alle Himmelsrichtungen. Aus diesem Grund auch war das Gelände um 1954/55 in den Blickpunkt der britischen Luftwaffe geraten, die damals nach zwei Standorten für Radaranlagen gefahndet hatte; mit ihnen sollte der Luftweg in Mitteleuropa, insbe-

## Knüppel halten Bagger auf

### Der Bau der Radaranlage in Auenhausen (Kreis Höxter) sorgte 1955 für heftige Konflikte zwischen Militär, Baurupps und örtlichen Bauern.

Mit Knüppeln gegen die Beschlagnahme. „Volkszorn in Auenhausen“, 13 Bauern verteidigen ihre Höhe 318 – diese Schlagzeilen sorgten im Mai 1955 über Westfalen und die angrenzenden für Furore. In Auenhausen, einem 270-Seelen-Dorf bei Brakel im damaligen Kreis Warburg, hatte britisches Militär bestes Ackerland beschlagnahmt, um dort, auf einer 318 m hohen Hügelkuppe, eine Radarstation zu errichten. Gegen den Widerstand von Kommunalpolitikern und dem Einspruch der Düsseldorf-Landesregierung hatten die Briten, wie in der vergangenen Woche berichtet, die Beschlagnahme des Landes durchgesetzt. Ausgerechnet einen Tag vor der Rückgewinnung deutscher Souveränität am 5. Mai 1955.



Zwei „Pflanzkäfte“, in denen sich die Radaranlagen verbergen, prägen bis 1955 die Ansicht des Dorfes von Auenhausen. Foto: Archiv Queren

„Kommt in die DDR!“ Auch die „östliche Seite“ schaltete sich in den Konflikt ein. Der „Rundfunk der DDR“ habe die Auenhausener Bauern aufgerufen, ihren Widerstand gegen den Bau der Militäranlage nicht aufzugeben, erinnert sich Bauer Josef Tecklenburg. „Bürger von Auenhausen – wahrt euch!“, habe es aus dem Rundfunk geschallt. Auch sei den Kleinbauern versprochen worden: „Kommt in die DDR, ihr bekommt die doppelte Fläche Land bei uns!“. Der Konflikt konnte nur entschärft werden, wenn es gelang, den betroffenen Bauern unverzüglich Ersatzland in Aussicht zu stellen. Doch woher die dringend benötigten Flächen nehmen? Mehrere Landtausch-Aktionen und Aussiedlungspläne einzelner Bauern wurden erwogen. Schließlich kristallisierte sich folgende Lösung heraus: Josef Menke, CDU-Bundestagsabgeordneter und Pächter des 250 ha umfassenden Gutes Charlottenhof, etwa 3 km westlich des Dorfes Auenhausen, erklärte sich bereit, den betroffenen Landwirten bzw. Kleinbauern 63 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Hinzu kam, dass die Bauernfamilie Micus-König einwilligte, von Auenhausen nach Charlottenhof umzusiedeln. Die Siedlungsgesell-

kussionen. In einer Zeitung war einige Tage später zu lesen: „Nachdem die Arbeiten bereits aufgenommen worden waren, rückten die Eigentümer des Bodens an, von denen keiner im Besitz eines irgendwenn gestörten Enteignungsbescheides ist. Die Bauern forderten die Arbeiter der Soester Firma auf, ihr Eigentum zu verlassen. Die Arbeiter brachten dem Notstand der kleinen Landwirte Verständnis entgegen und stellen die Arbeiten ein.“ Wie angespannt die Lage im Ort war, geht aus einer Aktennotiz des Warburger Landrates hervor. Demnach waren dem Auenhausener Bürgermeister Franz Happe die Beschlagnahmebescheide zugesandt worden, damit er sie bei den betroffenen Familien verteilte. Happe, selbst Landwirt und von der Beschlagnahme betroffen, hatte die Unterlagen unversehens zurückgeschickt und hinzugesetzt, „dass er keine Lust habe, sich in Auenhausen die Knochen kaputt schlagen zu lassen.“ Seitdem Schreiben war eine Resolution hinzugefügt, unterzeichnet von allen betroffenen Landwirten. „Man solle von dem Auenhausener Land für dieses Vorhaben absehen und es anderswo bauen“, lautete die Kernforderung. Und: „Es wird auf jeden Fall Widerstand geleistet.“ Wie ernst das gemeint war, stellte sich am Montag, 16. Mai 1955, heraus. Am jenem Tag tauchte ein

Baurupp mit Raupen, Lkw und schwerem Gerät in Auenhausen auf. Den Bauarbeitern stellten sich die Bäuerinnen mit Holzknüppeln in den Weg. „Führer des Widerstandes“, so notierte der zuständige Beamte am Tag danach, sei Franz Happe – der Bürgermeister des Dorfes, „der gestern Morgen bei Eintreffen des Bohrgestandes den Leuten mit einem Knüttel in der Hand entgegengetreten sei, um sie zu verjagen“. Mehrere Tage gelang es den Auenhausenern, den Baubeginn zu blockieren. Die Bauern wehrten sich aber nicht nur mit Knütteln, sondern auch mit den Instrumenten des Rechtsstaates. Am Freitag, 20. Mai 1955, gelang es ihnen, die Baufirma zum Einstweiligen Verbot zu überreden. Sie untersagte es der Baufirma bis auf Weiteres, „die Grundstücke zu betreten oder dort irgendwelche Arbeiten vorzunehmen“.

„Kommt in die DDR!“ Auch die „östliche Seite“ schaltete sich in den Konflikt ein. Der „Rundfunk der DDR“ habe die Auenhausener Bauern aufgerufen, ihren Widerstand gegen den Bau der Militäranlage nicht aufzugeben, erinnert sich Bauer Josef Tecklenburg. „Bürger von Auenhausen – wahrt euch!“, habe es aus dem Rundfunk geschallt. Auch sei den Kleinbauern versprochen worden: „Kommt in die DDR, ihr bekommt die doppelte Fläche Land bei uns!“. Der Konflikt konnte nur entschärft werden, wenn es gelang, den betroffenen Bauern unverzüglich Ersatzland in Aussicht zu stellen. Doch woher die dringend benötigten Flächen nehmen? Mehrere Landtausch-Aktionen und Aussiedlungspläne einzelner Bauern wurden erwogen. Schließlich kristallisierte sich folgende Lösung heraus: Josef Menke, CDU-Bundestagsabgeordneter und Pächter des 250 ha umfassenden Gutes Charlottenhof, etwa 3 km westlich des Dorfes Auenhausen, erklärte sich bereit, den betroffenen Landwirten bzw. Kleinbauern 63 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Hinzu kam, dass die Bauernfamilie Micus-König einwilligte, von Auenhausen nach Charlottenhof umzusiedeln. Die Siedlungsgesell-

schaft „Rote Erde“ leitete wenig später ein Verfahren zur Flurbereinigung ein, in dem die strittigen Flächen umgelegt, getauscht und begrünt wurden. Im Sommer 1955 waren die wichtigsten Fragen geklärt. So konnte der Streit beigelegt und die Radarstation errichtet werden. In den darauffolgenden Wochen und Monaten wurde Auenhausen wiederholt von Sprengungen erschüttert. Tief im Berg der „Höhe 318“ wurde eine Munkanlage eingerichtet. „Bei den Sprengungen flogen manchmal die Felder bis auf unseren Hof“, erinnert sich der heute 65-jährige Landwirt Dieter Micus an seine Kindertage auf dem elterlichen Hof, der unmittelbar unterhalb der Radaranlage liegt. „Tag und Nacht in der Hand entgegengetreten sei, um sie zu verjagen“. Mehrere Tage gelang es den Auenhausenern, den Baubeginn zu blockieren. Die Bauern wehrten sich aber nicht nur mit Knütteln, sondern auch mit den Instrumenten des Rechtsstaates. Am Freitag, 20. Mai 1955, gelang es ihnen, die Baufirma zum Einstweiligen Verbot zu überreden. Sie untersagte es der Baufirma bis auf Weiteres, „die Grundstücke zu betreten oder dort irgendwelche Arbeiten vorzunehmen“.

„Kommt in die DDR!“ Auch die „östliche Seite“ schaltete sich in den Konflikt ein. Der „Rundfunk der DDR“ habe die Auenhausener Bauern aufgerufen, ihren Widerstand gegen den Bau der Militäranlage nicht aufzugeben, erinnert sich Bauer Josef Tecklenburg. „Bürger von Auenhausen – wahrt euch!“, habe es aus dem Rundfunk geschallt. Auch sei den Kleinbauern versprochen worden: „Kommt in die DDR, ihr bekommt die doppelte Fläche Land bei uns!“. Der Konflikt konnte nur entschärft werden, wenn es gelang, den betroffenen Bauern unverzüglich Ersatzland in Aussicht zu stellen. Doch woher die dringend benötigten Flächen nehmen? Mehrere Landtausch-Aktionen und Aussiedlungspläne einzelner Bauern wurden erwogen. Schließlich kristallisierte sich folgende Lösung heraus: Josef Menke, CDU-Bundestagsabgeordneter und Pächter des 250 ha umfassenden Gutes Charlottenhof, etwa 3 km westlich des Dorfes Auenhausen, erklärte sich bereit, den betroffenen Landwirten bzw. Kleinbauern 63 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Hinzu kam, dass die Bauernfamilie Micus-König einwilligte, von Auenhausen nach Charlottenhof umzusiedeln. Die Siedlungsgesell-

Heute deutet die Radarstation immer noch der Flugüberwachung. Ihr Radio reicht von der niederländischen Nordseeküste bis in den Westen Polens, von Dänemark bis in die Alpenregion. Die Daten werden seit fast 15 Jahren nicht mehr in Auenhausen ausgewertet, sondern in Erdreutbrück; dort unterhält die Luftwaffe eine zentrale Einsatzzelle. Die Bundeswehrformen nach Maueröffnung und dem Ende des „Warschauer Paktes“ 1989/90 ließen die Bedeutung der Auenhausener Anlage stark schrumpfen. 910 Soldaten und zivile Einsatzkräfte verloren ihre Arbeitsplätze. Heute sind auf der Station rund 50 Soldaten und 40 zivile Mitarbeiter beschäftigt, von ihnen etwa ein Viertel aus der Ortschaft Auenhausen. Gisbert Strotztes

